

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Polizeimesse würdigt Wegener

Vom 3. bis 5. Juni fand in München die 5. Internationale Fachmesse & Konferenz für Polizei- und Spezialausrüstung statt. Die Aussteller sind überwiegend Firmen der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie aber auch Behörden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Messe wird von zahlreichen Tagungen und Workshops begleitet. So veranstaltet das Bundesinnenministerium eine Expertenrunde zum Einsatz unbemannter Flugkörper für die innere Sicherheit und die Industrie erhält Informationen über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sicherheitsbereich. Auch dürfen ausgewählte Besucher an Kursen für Spezialeinheiten oder Vorführungen zum Einsatz nicht-letztlicher Waffen teilnehmen. Bei der vorangegangenen Messe im Jahr 2006 waren knapp 60% der Besucher Polizeibeamte, knapp 10% Mitarbeiter des Grenzschutz und des Zolls, etwa eben so viele Militärs und 15% Mitarbeiter der Behörden. Ehrenbeirat der Messe ist General a.D. Ulrich K. Wegener, Gründer der GSG-9, der gemeinsam mit dem bekennenden Antisemiten Günzel (Ex-Kommandeur des KSK) und dem ehemaligen Leutnant der Wehrmachtsdivision „Brandenburger“, Wilhelm Walther, beim rechtsextremen Pour le Mérite-Verlag für Militärgeschichte das Buch „Geheime Krieger“ verfasste.

UN, Waffenhandel, Kindesmissbrauch

Indischen und pakistanischen Soldaten der UN-Mission in der DR Congo wurde die Kooperation mit Milizen, Handel mit Rohstoffen und Waffen vorgeworfen. Das interne Ermittlungsbüro der UN, Office of Internal Oversight Services (OIOS), hat die Ermittlungen allerdings abgebrochen. Dagegen protestierte Human Rights Watch am 1.5.2008 mit einem offenen Brief, der zahlreiche Indizien auflistet. Kurz darauf veröffentlichte die britische Sektion von Save the Children eine Untersuchung über Kindesmissbrauch durch UN-Mitarbeiter und „humanitäre Helfer“ mit dem Titel „No One to turn to“. Demnach würde der überwiegende Teil aller berichteten Fälle von sexuellen Übergriffen durch internationales Personal auf Minderjährige in Haiti, Süd-Sudan und Elfenbeinküste auf Perso-

nen in Verantwortung des Department of Peacekeeping Operations, also die bewaffneten Kräfte, zurückgehen.

Militärrevolte in Guinea

Nachdem Ende Mai der Diktator von Guinea-Conakry, Lansana Conté, den letztes Jahr durch einen Generalstreik der Gewerkschaften erzwungenen Ministerpräsidenten Lansana entließ, sind Unruhen unter den niederen Rängen des in der Hauptstadt stationierten Militärs ausgebrochen. Die Soldaten feuerten in die Luft, nahmen Vorgesetzte als Geiseln und plünderten zahlreiche Geschäfte. Lansana habe ihnen Sonderzahlungen versprochen. Auch die Gewerkschaften äußerten großen Unmut über die Absetzung Lansanas. Etwa 300 Anhänger Contés demonstrierten hingegen in Conakry für Frieden, während Einheiten, die ihm treu waren mit schweren Geschützen das Viertel des Präsidentenpalasts abriegelten. Conté entließ seinen Verteidigungsminister und versprach die schnelle Zahlung von umgerechnet 1.100 US\$ an jeden Soldaten innerhalb von Tagen. Danach flauten die Unruhen ab. Ähnliche Unruhen gab es bereits häufiger in Guinea, die jeweils mit Sonderzahlungen und Straffreiheit für die Meuternden endeten. Das Verhalten des Präsidenten wirke eher ermutigend auf die meuternden Soldaten, meinen Kritiker.

Aufrufe zur Verweigerung

Eine Initiative kurdischer Kriegsgegner in der Schweiz hat am 28.5.2008 im Exil lebende Staatsangehörige der Türkei dazu aufgerufen, in der Türkei keinerlei Militärdienst abzuleisten. Bislang gibt es für im Ausland lebende Türken die Möglichkeit, gegen die Zahlung von umgerechnet 5.000 Euro einen auf einen Monat verkürzten Dienst abzuleisten. Von diesem Geld profitiere aber ebenfalls die Armee und es sei Teil der Finanzierung der türkischen Militäreinsätze im Inland wie im Nordirak. Von den europäischen Regierungen fordert der Aufruf, eine gewaltlose und auf Dialog basierende Lösung der Kurdenfrage zu fördern, anstatt das türkische Militär mit Waffen zu beliefern.

Über 50 Friedensgruppen und rund 100 Einzelpersonen aus der Friedensbewegung

haben mit einer Anzeige in der Lippischen Landeszeitung die Soldaten der in Augustdorf stationierten Panzerbrigade 21 aufgefordert, ihren Einsatz im Rahmen der Quick Reaction Force in Afghanistan zu verweigern. Der Aufruf ist im Umfeld des Komitees für

Grundrechte und Demokratie entstanden.

Antimilitaristische Aktionen

... fanden in den letzten Wochen u.a. in Berlin gegen die NATO-Parlamentarierversammlung, in Dresden gegen eine Jobmesse auf dem Uni-Campus, in Gütersloh gegen den Karrieretreff der Bundeswehr und in Kassel gegen einen Uni-Vortrag von NATO-Vertretern zu unbemannten Flugkörpern statt. In Berlin, Dresden und Gütersloh waren Kräfte der Clowns-Army an den Protesten beteiligt. In Dresden und Kassel wurden die Demonstrierenden u.a. von StudentInnen angegangen, Universitätsangestellte machten zugunsten der Militaristen von ihrem Hausrecht gebrauch. In Dresden gab es zudem ein verstecktes Theater gegen einen Werbepoststand des BND. In Köln veranstaltete das Bundeswehr-Musikkorps ein Benefiz-Konzert in der Philharmonie, deren Dach begehbar ist. Antimilitaristinnen veranstalteten auf diesem dann einen spontanen Samba-Rave. Das Hüpfen, Tanzen und Stampfen der tw. mit Klocks beschuhten Feiernden störte die erhabenen Klänge im Inneren.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154